

Niederschrift

über die 0. Sitzung des Ausschusses für Mobilität am 02.09.2021
(11. Wahlperiode)

Tagesordnung

Seite

Öffentliche Sitzung.....	5
1 Einwohnerfragestunde.....	5
2 Vorstellung der Zwischenergebnisse des Mobilitätskonzeptes durch das Büro Planersocietät	5
3 Anträge.....	6
3.1 Antrag Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 10.08.2021 zur Verbesserung der Ampelschaltungen für Radfahrende Vorlage: FB5/0362/2021	6
3.2 Antrag Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 10.08.2021 zur Verwendung des Zusatzzeichens 1012-23 „Radfahrer absteigen“ Vorlage: FB5/0366/2021	7
3.3 Antrag der CDU vom 12.08.2021 zum Durchfahrtsverbot über LKW Navi Lank/Nierst Vorlage: FB5/0370/2021	8
4 Anfragen.....	8
4.1 Anfrage Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 10.08.2021 zum Kreisverkehr Strümp-Nord und P&R Haus Meer im Mobilitätskonzept Vorlage: DezIII/0162/2021.....	9
4.2 Anfrage Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 10.08.2021 bzgl .des Umbaus der Haltestelle Hauptstraße Vorlage: FB5/0364/2021	9
4.3 Anfrage SPD vom 26.08.2021 zur Umsetzung der Ergebnisse der Seniorenbefragung Vorlage: DezIII/0164/2021	9
5 Schnellbuskonzept VRR - Umsetzung neue Linie X49 von Kempen nach Meerbusch, Haus Meer Vorlage: DezIII/1375/2021.....	9
6 Gesamtregionales Radverkehrskonzept Rheinisches Revier - Stellungnahme der Stadt Meerbusch zu den vorgeschlagenen Routenführungen Vorlage: DezIII/1378/2021	10
7 Beschwerdestatistik und regulative Möglichkeiten für E-Scooter in Meerbusch Vorlage: DezIII/0497/2021	11
8 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle.....	11
9 Termin der nächsten Sitzung am 02.12.2021.....	11
10 Verschiedenes	11

Sitzungsort: Städt. Realschule Osterath, Görresstr. 6, 40670 Meerbusch, Aula!! Zutritt nur für Geimpfte/Getestete/Genesene!

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
 Ende der Sitzung: 20:20 Uhr

Anwesend:

von der CDU-Fraktion

Herr Herbert Becker	Ratsmitglied	Vertretung für Herrn Thomas Jung
Herr Andreas Harms	Ratsmitglied	
Herr Heinz Berend Jansen	Ratsmitglied	
Frau Norma Köser	Ratsmitglied	
Herr Dr. Felix Nieberding	Ratsmitglied	
Herr Bernd Parys	Sachkundiger Bürger	Vertretung für Herrn Daniel Thywissen
Herr Hans Werner Schoenauer	Ratsmitglied	

von der SPD-Fraktion

Frau Christa Kohn	Ratsmitglied
Frau Heidemarie Niegeloh	Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion

Herr Michael Bertholdt	Ratsmitglied	
Herr Niklas Geppert		Vertretung für Herrn Thomas Gabernig

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Christof Behlen	Sachkundiger Bürger	
Frau Barbara Neukirchen	Ratsmitglied	
Herr Joachim Quaß	Ratsmitglied	
Herr Bernd Radmacher	Sachkundiger Bürger	Vertretung für Frau Silke Hülsemann

von der Fraktion UWG/Freie Wähler

Herr Hartwig Spetsmann	Sachkundiger Bürger	Vertretung für Herrn Michael Huesgen
------------------------	---------------------	--------------------------------------

von der Fraktion Die Fraktion

Herr Andreas Wagner	Sachkundiger Bürger
---------------------	---------------------

von der Verwaltung

Herr Michael Assenmacher	Techn. Beigeordneter
Herr Daniel Hartenstein	Fachbereich 5
Frau Denise Pottbäcker	Dezernat III/Umwelt

Schriftführerin

Frau Lena Clermont

es fehlen:

von der CDU

Herr Thomas Jung
Herr Daniel Thywissen
von der FDP
Herr Thomas Gabernig

von dem Bündnis 90/Die Grünen
Frau Silke Hülsemann

von der Fraktion UWG/Freie Wähler
Herr Michael Huesgen

Der Ausschussvorsitzende Ratsherr Dr. Nieberding stellt fest, dass form- und fristgerecht geladen sei.

Er bittet die Ausschussmitglieder um Einverständnis zur Erweiterung der Tagesordnung um den Tagesordnungspunkt 4.3. Anfrage der SPD vom 26.08.2021 zur Umsetzung der Ergebnisse der Seniorenbefragung

Zu diesem Punkt bestehen keine Einwände. Es wird vorgeschlagen, TOP 12 aus dem nicht-öffentlichen in den öffentlichen Teil zu verschieben. Der Antrag wird abgelehnt.

Öffentliche Sitzung

1 Einwohnerfragestunde

Frau Dr. Blaum meldet sich zu Wort. Sie erkundigt sich, wie häufig der Lenkungskreis des Mobilitätskonzepts seit der letzten Sitzung des Mobilitätsausschusses getagt habe. Technischer Dezernent Assenmacher erwidert, dass in der Zwischenzeit keine Zusammenkunft stattgefunden habe.

2 Vorstellung der Zwischenergebnisse des Mobilitätskonzeptes durch das Büro Planersocietät

Der Ausschussvorsitzende stellt Herrn Madden aus dem Büro Planersocietät vor und erteilt ihm das Wort. Herr Madden informiert über den Sachstand des Mobilitätskonzeptes. Anschließend beantwortet er Fragen der Ausschussmitglieder.

Mit Blick auf die Repräsentativität der Verkehrszählungen zu Zeiten von Covid-19 gibt Herr Madden zu verstehen, dass der Abgleich mit Referenzjahren sowie der Fachliteratur auf eine relativ schnelle Normalisierung des Mobilitätsverhaltens hinweise. Außerdem müssen einige der Auswirkungen als neue Rahmenbedingungen verstanden werden, da neue Trends, wie beispielsweise das Home Office, unabhängig von dem pandemischen Geschehen Zukunftsthemen seien.

Herr Madden ergänzt, dass die Kfz-Zählungen auch Daten zum Radverkehr aufgenommen hätten. Darüber hinaus würden im September separate Zählungen an fünf Knotenpunkten im Meerbuscher Stadtgebiet vorgenommen werden, die für den Radverkehr besonders relevant seien. Die Zählungen würden über in einem Zeitraum von einer Woche fortlaufend getätigt werden. Ratsherr Berthold merkt an, dass eine Beteiligung bei der Auswahl der Knotenpunkte im Rahmen des Lenkungskreises wünschenswert gewesen sei. Herr Madden entgegnet, dass die dazu erforderliche Frequenz der Beteiligung im vorgesehenen Zeitrahmen der Konzepterstellung nicht möglich sei.

Technischer Dezernent Assenmacher erläutert, dass der für September geplante Zukunftsworkshop zur Bürgerbeteiligung aufgrund der gering ausgefallenen Rückmeldequote auf Oktober verschoben worden sei. Ratsfrau Neukirchen gibt zu bedenken, dass das Thema in der Bürgerschaft kaum kommuniziert worden sei und die Stichprobe daher erhöht werden solle. Ratsherr Wagner verweist auf eine bundesweite Erhebung, die sich auf eine telefonische Kontaktaufnahme gestützt habe. Herr Madden entgegnet, dass sowohl Art als auch Zahl der Stichprobe auf langjährigen Erfahrungswerten basiere und im Regelfall eine ausreichende Resonanz erziele. Technischer Dezernent Assenmacher ergänzt, dass bei Bedarf zusätzlich ein offener Aufruf für interessierte BürgerInnen getätigt würde.

Anmerkung der Schriftführerin: Die Präsentation ist als Anlage beigefügt.

3 Anträge

3.1 Antrag Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 10.08.2021 zur Verbesserung der Ampelschaltungen für Radfahrende Vorlage: FB5/0362/2021

Beschluss:

Der Ausschuss für Mobilität beschließt, die Verwaltung mit der Prüfung zu beauftragen, an welchen Ampelanlagen im Stadtgebiet die Schaltungen für Rad Fahrende und Fußverkehre verbessert werden können und mit welchem Aufwand diese verbunden sind.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Ratsfrau Neukirchen erläutert, dass es notwendig sei, den Radverkehr attraktiver zu gestalten, um mehr Autofahrer zum Umsteigen zu bewegen. Um einen entsprechenden Haushaltsansatz planen zu können bedürfe es einer Kostenschätzung für die Anpassung von Ampelschaltungen. Aktuell seien viele Schaltungen noch so eingestellt, dass sowohl Radfahrende als auch Fußgänger im Vergleich zum Kfz-Verkehr lange warten müssen. In Kreuzungsbereichen solle es eine Vorrangschaltung geben, auf Bedarfsschaltungen wie an der Strümper Straße / Winklerweg solle künftig verzichtet werden. Eine weitere Problemstelle befinde sich an der Kreuzung Krefelder Straße/ Hochstraße, wo Radfahrende und Fußgänger die Straße erst nach mehreren Grünphasen für den Kfz-Verkehr queren könnten. Die Verwaltung solle daher prüfen, an welchen Schaltungen für Radfahrende und Fußgänger Verbesserungen erzielt werden können und mit welchem Aufwand diese verbunden seien. Die Prüfung solle sich ebenfalls über Querungen anderer Straßenbaulastträger erstrecken. Technischer Dezernent Assenmacher gibt zu bedenken, dass es bei den 36 vorhandenen Lichtsignalanlagen im Stadtgebiet notwendig sei, eine Kreuzung zu bestimmen, bei der die Verwaltung die Prüfung Anpassung der Schaltung exemplarisch umsetzen könne. Ratsherr Schoenauer merkt an, dass die Standorte für eine etwaige Prüfung bereits bekanntgegeben worden seien. Die Umsetzung stünde allerdings noch aus. Herr Hartenstein fügt hinzu, dass die reine Prüfung einer einzelnen Lichtsignalanlage 3.500€ koste und mit einem hohen Aufwand verbunden sei. Ratsherr Quaß berichtet daraufhin, dass der Kreistag Mittel in Höhe von 250.000€ für etwaige Projekte zur Verfügung stelle, von denen bis-

lang nichts abgerufen worden sei. Technischer Dezernent Assenmacher bestätigt diese Aussage und berichtet von einem Schreiben des Tiefbauleiters des Rhein-Kreises Neuss. Er schlägt daraufhin vor, sich zunächst zwei Ampelanlagen vorzunehmen: die an der Nierster Straße/ Kaiserswerther Straße/ Lanker Straße und die an der Kreuzung Bismarckstraße/ Uerdinger Straße. Beides seien Kreisstraßen.

Der daraus resultierende **Beschlussvorschlag** wird einstimmig angenommen:

Der Ausschuss für Mobilität beschließt, die Verwaltung mit der Prüfung zu beauftragen, in wie weit die Ampelanlagen an den beiden Kreuzungen Nierster Straße/ Kaiserswerther Straße/ Lanker Straße und Bismarckstraße/ Uerdinger Straße für Radfahrende und Fußverkehre verbessert werden können und mit welchem Aufwand dies verbunden ist.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

3.2 Antrag Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 10.08.2021 zur Verwendung des Zusatzzeichens 1012-23 „Radfahrer absteigen“ Vorlage: FB5/0366/2021

Beschluss:

Der Ausschuss für Mobilität beschließt die Verwaltung damit zu beauftragen, das Zusatzzeichen 1012-23 „Radfahrer absteigen“ nicht mehr zu verwenden, vorhandene Beschilderungen (z.B. Strümp Kreisverkehr) zu entfernen, und Fremdfirmen für Baustellenbereiche aufzuerlegen sichere Umfahrungen einzurichten, die den Verkehrsfluss der Radfahrenden nicht behindern

Ratsherr Schoenauer und Ratsfrau Niegeloh bekunden Ihre Zustimmung. Die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer solle gewährleistet werden. Es ergibt sich eine Diskussion über die Formulierung des Beschlussvorschlags. Herr Hartenstein gibt zu bedenken, dass das betreffende Schild häufig zu Ärgernissen führen würde, es aber dennoch zu der Straßenverkehrsordnung gehöre und daher rechtlich gesehen nicht grundsätzlich verboten werden dürfe. Es solle daher lediglich sichergestellt werden, dass die Schilder ausschließlich für Gefahrenstellen genutzt würden, die Radfahrende betreffen. Herr Hartenstein regt an, den Beschlussvorschlag dahingehend abzuändern. Die einzelnen Bauträger müssten die Schilder sowieso beim Fachbereich 5 beantragen, der deren Zweckmäßigkeit weiterhin genau prüfen würde. Anordnungen, welche durch eigene Baumaßnahmen der Verwaltung entstehen gehen generell mit dem Zeichen 1012-32 sehr restriktiv um. Nur dort wo es keine Alternativen gibt oder Radfahrenden selbst und Zufußgehende geschützwerden müssen, wird es verwendet. Wenn es denn verwendet wird, dann nur wie gesetzlich vorschrieben nur als Zusatzschild.

Ratsherr Wagner regt an, dass Gefahrenstellen nicht gekennzeichnet, sondern infrastrukturell angepasst werden sollten. Ratsherr Berthold und Ratsherr Quaß sind sich einig, dass das Problem in der aktuell falschen Nutzung der Schilder bestünde. Sie sollten nicht alleine stehen, sondern in Verbindung mit anderen Kennzeichnungen, beispielsweise einem Durchfahrverbot, angebracht werden. Ratsfrau Neukirchen greift diesen Punkt auf und hebt hervor, dass es sich bei besagtem Schild um ein Zusatzzeichen handele, das grundsätzlich nicht alleine aufgestellt werden dürfe. Ratsherr Schoenauer regt mit Blick auf die grundsätzlich bestehende Einigkeit an, nicht über den Antrag abzustimmen, sondern das Diskussionsergebnis lediglich in der Niederschrift festzuhalten. Technischer Beigeordneter Assenmacher drückt seine Zustimmung für das vorgeschlagene Vorgehen aus. Ratsherr Quaß besteht jedoch auf eine Abstimmung. Daraufhin schlägt Herr Hartenstein vor, den Beschlussvorschlag um den Zusatz „wo es die Sicherheitslage zulässt“ zu ergänzen. Technischer Beigeordneter Assenmacher klärt darüber hinaus auf, dass es sich dem besagten Schild nicht um das Zusatzzeichen 1012-23, sondern um die Nummer 1012-32 handele.

Aus der Diskussion geht folgender **Beschlussvorschlag** von Ratsherr Quaß hervor:

Der Ausschuss für Mobilität beschließt die Verwaltung damit zu beauftragen, das Zusatzzeichen 1012-32 „Radfahrer absteigen“, soweit rechtlich zulässig, nicht mehr zu verwenden, vorhandene Beschilderungen (z.B. Strümp Kreisverkehr) zu entfernen (bzw. das Land hierzu aufzufordern), und Fremdfirmen für Baustellenbereiche aufzuerlegen sichere Umfahrungen einzurichten, die den Verkehrsfluss der Radfahrenden nicht behindern.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschlussantrag ist der weitreichendste und wird einstimmig angenommen.

**3.3 Antrag der CDU vom 12.08.2021 zum Durchfahrtsverbot über LKW Navi Lank/Nierst
Vorlage: FB5/0370/2021**

Beschluss:

Der Ausschuss für Mobilität beschließt, die Verwaltung zu beauftragen, sowohl die Uerdinger Straße in Meerbusch Lank-Latum als auch die Stratumer Straße in Nierst gegenüber dem Projekt SEVAS beim Verkehrsverbund Rhein-Sieg als nicht befahrbare LKW-Straßen zu kennzeichnen.

Ratsherr Schoenauer regt an, den Laacher Weg mit in Aufzählung aufzunehmen. Ratsherr Quaß schließt sich dem darauf resultierenden **Beschlussvorschlag** an:

Der Ausschuss für Mobilität beschließt, die Verwaltung zu beauftragen, sowohl die Uerdinger Straße in Meerbusch Lank-Latum, den Laacher Weg in Büderich als auch die Stratumer Straße in Nierst gegenüber dem Projekt SEVAS beim Verkehrsverbund Rhein-Sieg als nicht befahrbare LKW-Straßen zu kennzeichnen.

Herr Hartenstein erläutert, dass die Verwaltung bereits selbst aktiv wurde und die zwei zuständigen Stellen (HERE und TomTom), welche als Kartendienstleister das deutsche Straßennetz für die Navigationsgerätehersteller bereitstellt, kontaktiert wurden. Das LKW-Durchfahrtsverbot wurde gemeldet und wird in die entsprechenden Karten aufgenommen. Die Teilnahme am Projekt SEVAS ist dennoch durch die entsprechende neu besetzte Stelle ab 1.1.2022 vorgesehen.

Abstimmungsergebnis:

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

4 Anfragen

**4.1 Anfrage Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 10.08.2021 zum Kreisverkehr Strümp-Nord und P&R Haus Meer im Mobilitätskonzept
Vorlage: DezIII/0162/2021**

Technischer Beigeordneter Assenmacher erläutert, dass die geplanten Kreisverkehre im Prognosefall des Verkehrsmodells berücksichtigt würden, das im Rahmen des Mobilitätskonzepts aufstellt werde.

Anmerkung der Schriftführerin: Herr Hartenstein gab zu Protokoll, dass es zur Führung des Radverkehrs an innerörtlichen Kreisverkehren in den letzten Jahren unterschiedliche Expertenmeinungen gab. Derzeit wird eine Vertiefungsuntersuchung der GDV (Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V.) durchgeführt. Bis deren Ergebnisse vorliegen, gelten die gängigen Regelwerke (RASt, ERA 2010). Innerorts wird empfohlen, den Radverkehr im Mischverkehr durch den Kreisverkehr zu führen. Sollte es aus örtlichen Gründen sinnvoll sein, Radwege anzulegen, sollten diese aufgrund von Sicherheitsaspekten nach derzeitigem Kenntnisstand eher wartepflichtig ausgebildet werden. Hier entscheidet die Gesamtschau auf die bestehende Verkehrssituation. Außerorts wird der Radverkehr prinzipiell wartepflichtig geführt. Entsprechende Anfragen der Verwaltung bei Kreis und Land haben dies noch einmal bestätigt.

Technischer Beigeordneter Assenmacher gibt zu verstehen, dass alle P&R-Plätze in Meerbusch Berücksichtigung im Mobilitätskonzept fänden. Der P&R-Platz Haus Meer werde hinsichtlich seiner Eignung zum Ausbau als Mobilstation überprüft

**4.2 Anfrage Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 10.08.2021 bzgl. des Umbaus der Haltestelle Hauptstraße
Vorlage: FB5/0364/2021**

Technischer Beigeordneter Assenmacher erläutert, dass sich die Kostenschätzung für den Umbau der Haltestelle Hauptstraße auf 150.000€ belaufe.

Die weiteren angesprochenen Punkte konnten in einem vor Ort Termin geklärt werden.

**4.3 Anfrage SPD vom 26.08.2021 zur Umsetzung der Ergebnisse der Seniorenbefragung
Vorlage: DezIII/0164/2021**

Technischer Beigeordneter Assenmacher erläutert, dass die Ergebnisse der Seniorenbefragung an die Planersocietät weitergegeben und bei der Erarbeitung des Mobilitätskonzeptes berücksichtigt würden.

**5 Schnellbuskonzept VRR - Umsetzung neue Linie X49 von Kempen nach Meerbusch, Haus Meer
Vorlage: DezIII/1375/2021**

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Mobilität beschließt die Einführung der neuen Schnellbuslinie X49 von Kempen nach Meerbusch, Haus Meer im 30 Minuten Takt mit einer einhergehenden Verdichtung des Angebotes auf der Linie 071.

Die Pläne des VRR, künftig einen Schnellbus von Kempen über Willich und Osterath bis Haus Meerbusch einzusetzen, stießen auf einhellig positive Resonanz. Ratsherr Schoenauer unterstreicht, dass das zusätzliche Angebot die Mobilitätswende unterstütze. Ratsherr Quaß schließt sich dem an und spricht ergänzt, dass es sich dabei um eine sinnvolle und qualitative Verbesserung handele. Dies sei insbesondere zutreffend sofern Reisebusse mit WLAN und USB-Anschlüssen für die Linie eingesetzt würden. Auf die Frage von Ratsherr Wagner, ob Fahrräder in der Schnellbuslinie mitgenommen werden könnten, entgegnet Klimaschutzmanagerin Pottbäcker, dass die Ausschreibung des Angebots noch nicht abgeschlossen sei. Informationen zu den Fahrzeugdetails könnten zum aktuellen Zeitpunkt nicht bereitgestellt werden.

Aus der Diskussion ergibt sich die folgende Ergänzung des **Beschlussvorschlags:**

Der Ausschuss für Mobilität beschließt die Einführung der neuen Schnellbuslinie X49 von Kempen nach Meerbusch, Haus Meer im 30 Minuten Takt mit einer einhergehenden Verdichtung des Angebotes auf der Linie 071. Spätestens nach 2 Jahren soll darüber ein Erfahrungsbericht zur Verfügung gestellt werden.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschlussvorschlag wird einstimmig angenommen

**6 Gesamtregionales Radverkehrskonzept Rheinisches Revier - Stellungnahme der Stadt Meerbusch zu den vorgeschlagenen Routenführungen
Vorlage: DezIII/1378/2021**

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Mobilität beschließt die beiliegende Stellungnahme der Stadt Meerbusch zum Gesamtregionalen Radverkehrskonzept Rheinisches Revier.

Einstimmig beschlossen

Ratsherr Behlen regt an, die Strecke über Meerbusch hinaus bis auf die Kölner Straße in Krefeld zu führen. Es solle die Intention sein, eine Radschnellroute auf Krefelder Seite bis nach Krefeld-Steinrath zu fordern und in das Konzept zu integrieren. Ratsherren Berthold und Quaß geben hingegen zu verstehen, dass sie mit der Stellungnahme einverstanden seien. Frau Pottbäcker gibt zu verstehen, dass die Stadt Meerbusch nicht direkt, sondern lediglich über den Rhein-Kreis-Neuss an der Konzepterstellung beteiligt sei. Zum aktuellen Zeitpunkt ginge es außerdem nur darum, Teilstücke im eigenen Stadtgebiet einzusteuern. Eine Potenzialanalyse der Radschnellwege auf Kreisebene stünde noch aus.

Ratsherr Quaß richtet die Bitte des Mobilitätsausschusses auf Kreisebene an die Verwaltung, an den Rhein-Kreis-Neuss heranzutreten und einen Workshop zu den technischen Details der Radverkehrsplanung anzubieten. Der Kenntnisstand sei dort sehr begrenzt was zu Problemen in der Umsetzung führe.

7 Beschwerdestatistik und regulative Möglichkeiten für E-Scooter in Meerbusch
Vorlage: DezIII/0497/2021

Die Informationsvorlage wird von den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis genommen.

8 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle

Es liegt kein Bericht vor.

9 Termin der nächsten Sitzung am 02.12.2021

10 Verschiedenes

Ratsherr Quaß merkt an, dass die Rheinbahn auf der Strecke Haus Meer/Steinstraße seit kurzem mit Kurzbahnen verkehre, was der Betreiber mit fehlenden Fahrzeugkapazitäten erkläre. Er fordert die Verwaltung auf eine Beschwerde einzureichen, um die Problembehandlung zu beschleunigen. Weiterhin regt er an, eine Erstattung für die Angebotseinschränkung einzufordern.

Ratsfrau Niegeloh erkundigt sich nach dem Sachstand des Umbaus der Querung Schlosstraße/Osterather Straße, die im Radverkehrskonzept mit oberster Priorität versehen sei. Technischer Beigeordneter Assenmacher erläutert, dass den Radfahrenden an der betreffenden Stelle zunächst Vorfahrt eingeräumt worden sei. Aktuelle hätte der Kfz-Verkehr wieder Vorrang. Es seien zwar keine Vorfälle bekannt, denn könne die Verwaltung diesbezüglich auf Straßen NRW zugehen. Er gibt allerdings zu bedenken, dass die Prioritäten bei Straßen NRW überflutungsbedingt aktuell auf andere Fälle gelegt würde.

Ratsfrau Neukirchen merkt an, dass es eine Bürgerbeschwerde bezüglich der Einhaltung des Tempo 30-Limits auf der Gonellasstraße gegeben habe und stellt die Frage, wie mit solchen Beschwerden umgegangen werde. Technischer Beigeordneter Assenmacher erläutert, dass an den entsprechenden Stellen eine Topo-Box aufgestellt werden würde, sobald sich die Beschwerden häufen würden. Er

gibt zu bedenken, dass die Verkehrsüberwachung in Kommunen bis 60.000 Einwohner allgemein beim Kreis liege.

Meerbusch, den 27. September 2021

Dr. Felix Nieberding
Ausschussvorsitzender

Lena Clermont
Schriftführer/in